

Antrag

der Abgeordneten Dr. Frithjof Schmidt, Ute Koczy, Dr. Thomas Gambke, Viola von Cramon-Taubadel, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Agnes Brugger, Thilo Hoppe, Uwe Kekeritz, Katja Keul, Tom Koenigs, Kerstin Müller (Köln), Omid Nouripour, Lisa Paus, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Hans-Christian Ströbele und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Myanmar – Den demokratischen Wandel unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im November 2010 fanden in Myanmar die ersten Wahlen nach fast 20 Jahren statt. Zwar waren die Wahlen weder frei noch fair, jedoch ermöglichte das regierende Militär danach weitreichende Reformen. Damit erzielte die langjährige Oppositionsbewegung, angeführt von Aung San Suu Kyi, einen wichtigen Erfolg. Beigetragen haben dazu auch die verschiedenen Initiativen im Ausland, die sich seit Jahren hinter die Oppositionsbewegung gestellt haben.

Kurz nach der Wahl wurde der Hausarrest der Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi aufgehoben. Die Regierung nahm Waffenstillstandsgespräche mit den bewaffneten aufständischen Gruppen in den Grenzgebieten des Landes auf, und die ersten politischen Häftlinge wurden im Oktober 2011 aus den Gefängnissen entlassen. Ende Dezember 2011 beschloss die Regierung schließlich Nachwahlen, die am 1. April 2012 stattfanden, und bei denen auch Aung San Suu Kyi und andere Vertreterinnen und Vertreter ihrer Partei ins Parlament gewählt wurden. Am 23. April 2012 beschloss die EU, alle Sanktionen gegenüber Myanmar auszusetzen. Daraufhin kündigte der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, die Wiederaufnahme der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit Myanmar an.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die in den letzten Monaten vollzogenen Reformen in Myanmar und unterstützt ausdrücklich diejenigen Akteure der Zivilgesellschaft, die die Demokratisierung und politische Öffnung des Landes vorantreiben. Darüber hinaus muss auf die Reformkräfte innerhalb der Regierung eingewirkt werden, an ihrem bisherigen Kurs festzuhalten. Der nun eingeschlagene Weg weist in die richtige Richtung. Aber nach wie vor gibt es massive politische Repression mit Verletzung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Ein erster Test waren die Nachwahlen im April 2012. Sie waren ein wichtiger Schritt für die weitere Demokratisierung des Landes, auch wenn sie insgesamt nicht als demokratisch und fair zu werten sind, da drei Viertel der Sitze im Parlament durch das Militär besetzt werden. Umso wichtiger sind die Wahlen im Jahr 2015, die sehr viel umfang- und einflussreicher sein werden als die Nachwahlen vom April 2012.

Der nun eingeschlagene Weg birgt jedoch auch Risiken, wenn die Öffnung nicht durch eine nachhaltige Politik begleitet wird. Die Lockerung oder Aufhebung der Sanktionen wird ausländische Investitionen im Land weiter ansteigen lassen und eine wirtschaftliche Liberalisierung und Privatisierung vorantreiben. Ohne starke ökologische, soziale und menschenrechtliche Leitplanken werden solche Investitionen auch negative Auswirkungen haben. Länder wie Thailand haben bereits angekündigt, ihre „schmutzigen“ Industrien nach Myanmar auszulagern. Bei einer unkontrollierten Industrialisierung hätte die Durchsetzung notwendiger Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards keine Chance. Aber vor allem steht zu befürchten, dass eine ungehemmte Ausbeutung der zahlreichen Rohstoffe auf Kosten der Bevölkerung, der einheimischen Wirtschaft und der Umwelt vorangetrieben wird. Forciert werden könnte eine solche Entwicklung durch die verbreitete Korruption in der Verwaltung und im Regierungsapparat. Die soziale Lage im Land würde sich dadurch erneut verschärfen und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes auf Jahre hinweg lähmen.

Eine Öffnung des Landes muss daher behutsam erfolgen und darf nicht von einem neoliberalen Duktus geleitet werden. Die deutsche Politik muss dem Rechnung tragen und darf nach der Aussetzung der EU-Sanktionen nicht auf eine radikale Marktöffnung in Myanmar drängen. Auch bei der Korruptionsbekämpfung und bei der Stärkung der Meinungs- und Pressefreiheit müssen weitere Fortschritte gemacht werden. Darüber hinaus muss das Regime in Myanmar nun endlich alle weiteren politischen Inhaftierten freilassen, die nach wie vor in Gefängnissen einsitzen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Europäische Union die Reformen in Myanmar anerkannt hat und das Land bei der weiteren Entwicklung unterstützen möchte. Die am 23. April 2012 beschlossene Aussetzung der Sanktionen ist ein wichtiges Signal für die Reformkräfte im Lande. Allerdings ist bis heute offen, ob sich die Reformen gegen die Hardliner in der Regierung dauerhaft durchsetzen werden. Noch immer besitzen die Militärs im Parlament eine Sperrminorität. Eine juristische Aufarbeitung ihrer Verbrechen ist nicht absehbar. Deshalb wäre es sinnvoll gewesen, die Handelsbarrieren zunächst nur graduell abzubauen, da die Gefahr besteht, dass Firmen in der Hand des Militärs davon besonders profitieren. Die Aussetzung der Sanktionen sollte daher regelmäßig anhand der tatsächlich vollzogenen Reformfortschritte überprüft werden. Die Europäische Union muss deutlich machen, dass man sich mit dem bisher Erreichten nicht zufriedenstellen wird, sondern dass weitere Anstrengungen nötig sind.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich innerhalb der EU dafür einzusetzen, dass der weitere Reformprozess in Myanmar aktiv unterstützt und die Aussetzung der Sanktionen regelmäßig anhand der vollzogenen Fortschritte insbesondere im Bereich der Menschenrechte und der verschiedenen Friedensprozesse mit ethnischen Minderheiten überprüft werden;
2. die myanmarische Regierung zu unterstützen, unter Einbeziehung aller Akteure eine politische Lösung der ethnischen Konflikte zu finden;
3. den Dialog mit der demokratischen Opposition, insbesondere mit Aung San Suu Kyi, zu pflegen und sich für volle politische Freiheiten der demokratischen Opposition einzusetzen;
4. sich dafür einzusetzen, dass die nach wie vor gängige Zensur durch die angestrebte Reform des Mediengesetzes überwunden wird. Die Unabhängigkeit und Pluralität der Medien in Myanmar muss durch das neue Gesetz garantiert werden;

5. den Aufbau einer kritischen, unabhängigen und pluralen Medienlandschaft in Myanmar über Institutionen wie die Deutsche Welle auch weiterhin zu unterstützen und zu prüfen, ob das bereits existierende Engagement weiter ausgebaut werden kann;
6. sich international für eine tragfähige Geberabstimmung im Land einzusetzen und in enger Zusammenarbeit mit der EU und den Partnerinnen und Partnern in Myanmar eine neue entwicklungspolitische Strategie für das Land vorzulegen, die darauf abzielt,
 - einen nachhaltigen Entwicklungspfad und eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung vor Ort zu fördern, von der alle Bevölkerungsschichten profitieren;
 - Myanmar dabei zu unterstützen, den Rohstoffsektor nachhaltig zu entwickeln, in dem der Rohstoffreichtum durch entsprechende Vertragsausgestaltung, den Aufbau von Wertschöpfung vor Ort und die Verankerung substanzieller Standards für die Entwicklungsinteressen des Landes genutzt wird;
 - den Ausbau des Rechtssystems in Myanmar zu unterstützen, um beispielsweise Rohstoffausbeutung ohne starke ökologische, soziale und menschenrechtliche Standards oder „land grabbing“ zu verhindern;
 - durch den Transfer von Know-how und Capacity Development entwicklungsförderliche Strukturen im Land zu unterstützen;
 - die bisherigen Zusagen bei positivem Verlauf des weiteren Reformprozesses zu erhöhen;
7. in Regierungsverhandlungen die Bekämpfung der Korruption zu einem Schwerpunkt der Gespräche zu machen.

Berlin, den 29. Mai 2012

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

